

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 325 A.

BERLIN • Freitag, den 17. Februar 1933

2. JAHRGANG

Nur Scheinwahlen am 5. März.

Hitler will sich nicht an Formalitäten stoßen.

AUS DEM INHALT:

Wolken am Völkerhimmel.

Kanonenkönig Mitsui.

Wertlosigkeit als günstige Gelegenheit.

SA und Polizei.

Wieder sechs Tote.

Verboten, verhaftet, beschlagnahmt!

„Deutschland ist nicht Italien!“

Hk. Zu diesem Schlagwort derjenigen, die der Forderung nach zentraler Herstellung der Einheitsfront auszuweichen suchen, indem sie uns einreden wollen, daß die Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft doch nicht so riesengroß sei, wie sie bei „oberflächlichem“ Vergleich mit der Vernichtung der italienischen Arbeiterbewegung scheinen könnte — zu diesem Schlagwort machte Fritz Sternberg einige Ausführungen in einer öffentlichen Versammlung der SAP in Berlin am Dienstag; er legte dar, inwiefern in der Tat Deutschland nicht Italien ist.

Als Mussolini im Oktober 1922 zur Macht kam, hatte er ökonomisch einen vorübergehenden Konjunkturaufschwung vor sich. Diesen Aufschwung machte er sich zunutze, indem er der Masse der Urteilslosen einredete: seht ihr, unser faschistisches Regime bringt uns den ökonomischen Aufschwung! In Wahrheit hatte dieser Aufschwung andere Ursachen; das ergibt sich schon daraus, daß nicht nur Italien damals einen solchen Aufschwung aufwies.

Mussolini mußte sich also den Kopf zerbrechen über die Frage: was soll mit den enttäuschten Massen werden, wenn der vorübergehende Aufschwung einer ökonomischen Krise Platz macht?

Diese Frage glaubt der „marxistisch gebildete“ Führer der italienischen Kommunisten, Bordiga, folgendermaßen abtun zu können: „Kann, wird Mussolini je seine Forderungen ernstlich zu verwirklichen suchen? Na also! Dann ist auch der Augenblick gekommen, wo ihn die Massen als plumpen Schwindler entlarven und mit dem Faschismus aufräumen werden.“

Mussolinis Politik bewies jedoch, daß er zwar mit dem ersten Teil dieser politischen Perspektive völlig einverstanden war, daß er auch den zweiten Teil als eine ihn bedrohende Gefahr anerkannte, daß er aber politische Mittel aufzubieten wußte, um dieser Gefahr zu begegnen.

Und so kam es zweitens anders, als Bordiga sich erstens gedacht hatte.

Sehr einfach war die Maßnahme, mit der Mussolini die Gefahr, die ihm von den enttäuschten Massen drohte, parierte: er zerstörte die Arbeiterorganisationen, damit, wenn die Enttäuschung der Massen einsetzte, keine legalen Aufgabeböden da waren, in denen sich die nach links hin strebenden Massen hätten sammeln können.

So fehlten die organisatorischen Voraussetzungen, um die Empörung der Massen in politische Aktion umzusetzen. Die Aufgabe, diese Empörung, die in Italien zweifellos vorhanden ist, zu organisieren, trifft jetzt auf Schwierigkeiten, wie sie etwa vor einem halben Jahrhundert den Narodniki unter dem russischen Zarismus begegneten.

Bordigas Fehler ist ein für Marxisten typischer; die Vernachlässigung der Frage: wie organisiere ich den Erfolg, den ich erstrebe; d. h. wie entziehe ich es dem Zufall, daß dieser Erfolg wirklich eintritt.

Bordiga hatte dies dem Zufall überlassen, marxistisch ausgedrückt: dem ökonomischen Prozeß. Um den Fehler durch den Gegensatz noch deutlicher hervortreten zu lassen: was Lenin zum erfolgreichsten Politiker der Geschichte gemacht hat, ist gerade dies, daß die Frage: Wie organisiere ich den Erfolg? sein ganzes Denken und Tun beherrscht hat bis in die Trüme. („Das ist es, wovon man träumen muß!“ schreibt er einmal von einem seiner organisatorischen Pläne.)

Der Erfolg, den Mussolini durch die Vernichtung der Arbeiterorganisationen erzielt hat, dieser Erfolg zur Rettung vor den Betrogenen und Enttäuschten, liegt der

Aus Hitlers Wahlrede in Stuttgart: „Ich wollte nicht an die Arbeit gehen, ehe das deutsche Volk gesprochen hat. Allerdings muß ich auch bekennen, daß ich entschlossen bin, mit meinen Verbündeten

unter keinen Umständen

das deutsche Volk wieder zurückfallen zu lassen in dieses Regiment. Wenn man heute mir einreden will, daß,

weil irgend eine Formalität nicht erfüllt sei,

eher die Nation zugrunde gehen müsse, so habe ich dafür kein Verständnis.“

Herr Hitler redet wohl absichtlich etwas dunkel. Wenn seine Worte hier einen politischen Sinn haben sollen, so kann mit den Formalitäten, die nicht erfüllt zu sein brauchten,

wohl nur die deutsche Reichsverfassung gemeint sein, die vorschreibt, daß eine Regierung, die das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages nicht besitzt, auf Ersuchen des Reichstages zurückzutreten hat. Anders ist, wie gesagt, nicht zu erklären, daß Herr Hitler sagt, er werde „mit seinen Verbündeten unter keinen Umständen das deutsche Volk wieder zurückfallen lassen“ in das alte Regiment.

Damit ist die Bedeutung der Wahlen am 5. März deutlich gekennzeichnet: Ob eine Mehrheit oder Minderheit für die heutige Regierung ist; sie will unter keinen Umständen zurücktreten.

Das ist von den Deutschnationalen und auch von den Nationalsozialisten häufig gefordert worden. Daß Hitler selber als Reichskanzler diese Absicht offen ausspricht, klärt jedenfalls die Situation.

Aufbruch in Rumänien. Unterdrückung der Kommunisten.

In Bukarest ist der Streik der Arbeiter in der Eisenbahnwerkstätten wieder aufgeflammt, hauptsächlich zum Protest gegen die Massenverhaftungen von Kommunisten. Insgesamt sind in Bukarest 84 Kommunisten verhaftet worden wegen Fortführung der als illegal erklärten kommunistischen Organisationen. Im Laufe des Donnerstag sollen weitere Verhaftungen vorgenommen werden.

Die 4000 streikenden Arbeiter in Bukarest haben außer der Freilassung der Gefangenen die Anerkennung der Betriebsräte und die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert. Eine Abordnung der Arbeiter brachte diese Forderungen beim Verkehrsminister vor, der sie mit der Bemerkung erledigte, für diese Angelegenheiten sei der Arbeitsminister zuständig. Das hinderte ihn aber nicht daran, für den Generaldirektor der Eisenbahnwerkstätten zuständig zu sein und mit ihm die Schließung der Werkstätten zu vereinbaren. Am 17. Februar sollen sie wieder geöffnet werden.

Sämtliche Arbeiter, die sich dann zur Arbeit melden, müssen eine Erklärung abgeben, daß sie keiner kommunistischen Organisation angehören.

Den Arbeitern, die sich in den Werkstätten verbarrikadierten, wurde mit dem Eingreifen des Militärs gedroht für den Fall, daß sie nicht freiwillig bis zu einer bestimmten Zeit die Werke geräumt hätten.

kapitalistischen Klasse in Deutschland vor Augen. Aber die ökonomische Situation ist für die herrschende Klasse heute in Deutschland schwieriger und aussichtsärmer als 1922 in Italien.

Der Prozeß der Enttäuschung der Massen, die jetzt noch dem Faschismus nachlaufen, droht also in Deutschland schneller vor sich zu gehen, als vor zehn Jahren in Italien.

Dieser Umstand drängt den deutschen Faschismus zu schnellerem Handeln, und das heißt hier: zu schnellerer Vernichtung der Arbeiterorganisationen. Denn schon bald muß der deutsche Faschismus damit rechnen, daß ihm die Enttäuschten in Massen davonlaufen; er hat also ein Lebensinteresse daran, daß diese Massen schon bald keine legalen Organisationen links mehr finden, in die sie abströmen könnten. Gelingt die Vernichtung der Arbeiterorganisationen, dann mag die „Entlarvung des plumpen Schwindels“ vor sich gehen — damit ist dann der Arbeiterschaft wenig gedient, wenn die organisatorischen Mittel zerstört sind, die zum Kampf gegen den Faschismus notwendig sind.

Diese Gefahr droht der deutschen Arbeiterschaft, wie sie die Italiensische getroffen hat. Anders liegen die deutschen Verhältnisse hier nur insofern, als die größere Schärfe der ökonomischen Krise auf ein rascheres Tempo dieses Prozesses drängt. (Damit ist nicht gesagt, daß sich dieser Prozeß durch eine Politik der Einheitsfront nicht verhindern ließe.)

Und noch in anderer Hinsicht — so führte Sternberg aus — ist Deutschland nicht Italien. In Italien leben 60 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft und

In dem amtlichen Bericht heißt es:

„Alle Meldungen über eine in Rumänien ausgebrochene Revolution sind in das Reich der Fabel zu verweisen.

Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.“

In Klausenburg wurde ein Arbeiter schwer verletzt, als das Militär die Arbeiter aus den Werken hinausjagte. In Konstanza wird berichtet, daß ein Kommunist im Augenblick seiner Verhaftung den Polizeikommissar erschoss und Selbstmord verübte.

Im ganzen Lande wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Regierung hat stärkere militärische Kräfte eingesetzt und sie angewiesen, schärfer vorzugehen.

Wie wir soeben erfahren, ist die Räumung der Bukarester Eisenbahnwerkstätten von den Truppen durchgeführt worden. Drei Arbeiter und ein Soldat wurden getötet, 16 Arbeiter und zwei Soldaten schwer verletzt. Viele Arbeiter erhielten leichtere Verletzungen.

Während der ganzen Nacht umlagerten die Truppen die Werkstätten, vor denen Maschinengewehre und Scheinwerfer aufgestellt waren. Inzwischen verhandelten die Arbeiter mit Regierungsvertretern, die sich jedoch nicht bereit erklärten, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Um 8.30 Uhr war das Ultimatum abgelaufen, das die Regierung den Arbeitern gestellt hatte. Die Truppen drangen nun in die Werkstätten ein, um sie gewaltsam zu räumen. Eine größere Zahl von Arbeitern, darunter viele führende Mitglieder von Arbeiterorganisationen, wurden verhaftet.

Was in Bukarest jetzt vorgeht, ist unbekannt. Sämtliche Telefonleitungen sind unterbrochen.

40 Prozent von städtischen Berufen; in Deutschland nur 20 Prozent von der Landwirtschaft und 80 Prozent von städtischen Berufen. Italien hat vier Millionen Industriearbeiter, Deutschland fünfzehn Millionen.

Wegen dieses größeren Gewichtes der Arbeiterbewegung in Deutschland würde deren organisatorische Vernichtung „tausendmal mehr Blutopfer erfordern“

(Sternberg) als in Italien gefallen sind.

In der Tat also: in mancher Hinsicht ist Deutschland nicht Italien!

Die ökonomischen Interessen und Triebkräfte, die den deutschen Faschismus zu rascherem Tempo und größerer Brutalität anreizen, schreiben natürlich die Linie der politischen Entwicklung nicht zwangsläufig vor.

Weitgehend hat die Arbeiterschaft es noch in der Hand, was geschehen wird.

Sternbergs ökonomische Erwägungen zu dem Thema „Deutschland ist nicht Italien“ unterstreichen also die Notwendigkeit, sofort Schritte zur zentralen Organisation der Einheitsfront zu tun. Alles andere geht viel zu langsam.

Das Thema der Versammlung, in der Sternberg sprach, war die Frage der Einheitsfront. Sternbergs Forderungen in dieser Beziehung stimmten im wesentlichen mit den im „Funke“ vertretenen überein. Es folgte eine lebhaft Diskussion, an der sich Genossen vom ISK, der KPD, der SPD und einer Trotzk-Gruppe beteiligten.

Es gelang, die Diskussion durchzuführen, ohne daß die Versammlung der Auflösung verfiel.

Die Finanzvorlage im Senat.

Die in der französischen Kammer angenommene Finanzvorlage wird jetzt im Auswärtigen Ausschuss des Senats beraten. Im Militärausschuss wurde die Kürzung der Militärausgaben bereits abgelehnt, im Auswärtigen Ausschuss wurde die Entscheidung über diesen Punkt aufgeschoben, bis der Ministerpräsident sich noch einmal dazu geäußert hat. Die Krisensteuer ist im Ausschuss abgelehnt worden. Dafür wird die Kürzung aller Beamtengehälter von mehr als 7000 Francs (1160 Mark) im Jahre um fünf Prozent und außerdem die Kürzung verschiedener Sonderzulagen um zehn Prozent beschlossen. Auch in anderen Punkten wurden Veränderungen an der Vorlage vorgenommen.

Diese Forderungen des Senatsausschusses sind also noch ungünstiger für die Beamten als die Pläne der Regierungen Herriot und Paul-Boncour. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Gewerkschaften einen scharfen Kampf dagegen führen werden.

Die belgische Regierung ist in der Kammer überstimmt worden bei einem Antrag der Sozialisten, in dem gegen die von der Regierung ausgesprochene Nichtigkeitsklärung der Gemeindevahlen von Hastière protestiert wird. Der König hat den Rücktritt nicht genehmigt, da es sich seiner Ansicht nach nur um eine nebensächliche Angelegenheit handelt.

Die Vorbereitung des Krieges.

„Daily Telegraph“ meldet, daß die gesamten Rüstungsausgaben der britischen Regierung im nächsten Haushaltsjahr erheblich höher sein werden, als im vergangenen Jahr. Die Regierung beabsichtigt die Vergrößerung der Luftstreitkräfte um zehn Luftgeschwader, zur Vervollständigung des Heimatverteidigungsplanes. Ueber die beabsichtigte Vergrößerung der Flotte haben wir bereits berichtet. Für die Armee wird eine Million Pfund mehr angesetzt werden als im vergangenen Jahr zur Finanzierung der Feldübungen, die 1932 ausgefallen sind.

Das Rekrutengesetz in Polen.

Der polnische Senat nahm am Mittwoch das Rekrutengesetz für 1933 an. Nur die Sozialisten stimmten dagegen. Ein Vertreter der Bauernpartei erklärte, seine Fraktion würde dem Gesetz zustimmen, weil in der augenblicklichen ersten Lage ganz Polen wie ein Mann zusammenstehen müsse. Weniger chauvinistisch benahm sich die Sejmfraktion der Bauernpartei, in der der linke Flügel der Partei vorliegt. Im Sejm stimmten alle Oppositionsparteien gegen das Gesetz.

Attentat auf Roosevelt.

In Miami wurde auf Roosevelt ein Attentat verübt, als er vor etwa 50 000 Menschen von seinem Kraftwagen aus eine Rede hielt. Roosevelt selber wurde nicht verletzt. Sechs andere Personen, darunter Chermak, der Bürgermeister von Chicago, wurden getroffen. Chermak liegt im Sterben.

Der Attentäter ist ein Italiener, der bei seiner Vernehmung erklärte, daß er alle Präsidenten und Polizisten umbringen wolle. Er hat angeblich vor zehn Jahren bereits ein Attentat auf den italienischen König verübt.

Die neue Verfassung für Indien.

Wird Indien Irland folgen?

H. M. „England hat einmal das Unglück erlebt, daß es einen . . . Tochterstaat nicht schlecht genug regierte, um ihm seine Befreiung unmöglich zu machen; es wird sich wohl vorsehen, daß seine ungeheuren Besitzungen in Ostindien nicht auch etwa einmal eine erträgliche Regierung bekommen. Sobald es diese, anstatt eines Kriegskommissariats der Franzosen, diesem Mitteldings zwischen einer Regierung und einer Räuberbande, durch eine wirkliche Regierung verwalten ließe, so müßte es fürchten, daran gleiche Freude zu erleben, wie an Nordamerika.“

An diese Zeilen, die Jakob Friedrich Fries in seine im Jahre 1803 erschienene „Philosophische Rechtslehre“ geschrieben hat, werden wir erinnert durch einen Brief, in dem der britische Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, einigen Fragestellern seines Wahlbezirks geantwortet hat, und durch eine Debatte, die vor einigen Tagen im englischen Oberhaus stattgefunden hat.

Es handelt sich um die Frage der Verfassungsreform in Indien. Bekanntlich hat die Britische Regierung Indien die Selbstregierung versprochen, als sie im Weltkrieg die Unterstützung indischer Truppen und indischen Geldes haben wollte und in Indien der Widerstand gegen die britische Herrschaft immer stärker wurde. Die Konferenzen am „Runden Tisch“ dienten dazu, eine Verfassung für Indien herzustellen, die — nach Ansicht der britischen Staatsmänner — einen Schritt zur Einlösung dieses Versprechens bedeuten würde.

„Sehen Sie sich Irland an“, wird nun dem Staatssekretär für Indien von einigen Wählern vorgeworfen. „Was für eine Sicherheit bot uns der Irische Vertrag gegen den Verlust unserer Besitzungen? Warum sollte nicht Gandhi unsere Sicherheitsgarantien ebenso behandeln, wie De Valera die Landrente behandelt hat?“

Sir Samuel Hoare antwortet darauf:

„Der Fall ist in Indien ganz anders als in Irland. Aus Südirland haben wir uns zurückgezogen. In Indien wird die Armee unter der alleinigen Herrschaft des Britischen Parlaments bleiben, während die Organe, die unter der Aufsicht des Staatssekretärs stehen, ihre wertvolle Arbeit unter der Garantie parlamentarischer Kontrolle fortsetzen werden. In Irland hörte der Generalgouverneur auf zu bestehen als aktive Kraft im politischen Leben. In Indien wird er die wichtigsten Aufgaben haben, darunter die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, finanzieller Festigkeit und der Sicherung gebührender Behandlung der Verwaltungsorgane und der britischen Handelsinteressen.“ In dem Brief heißt es weiter, daß Veränderungen im indischen Regierungswesen im Laufe der nächsten Jahre unvermeidlich seien, aber die Nationale Regierung habe nicht die Absicht, sich ihrer Verantwortung zu entsagen und würde gewiß nicht den irischen

Die Rede des polnischen Außenministers.

Der polnische Außenminister Beck hielt im Auswärtigen Ausschuss des Sejm eine Rede über die von ihm verfolgte Außenpolitik.

Beck begrüßte es, daß die Beziehungen Polens zur Sowjetunion infolge des Abschlusses des Nichtangriffspaktes wesentlich gebessert seien.

Ueber den Völkerbund sagte er, dieser dürfe sich nicht zu Zwecken mißbrauchen lassen, die mit dieser Organisation an sich nichts zu tun hätten. Manöver, wie sie in der Minoritätenfrage verfolgt würden, könne Polen nicht dulden.

Es sei Zeit, daß die Abrüstungskonferenz endlich zu praktischen Ergebnissen komme. Was die Fünfmächtekonferenz angehe, so müsse er energisch der Verwarnung Ausdruck geben, daß Polen sich an keine seine Interessen betreffenden Entscheidungen gebunden halten könne, an denen es nicht selber mitgearbeitet habe.

Im Zusammenhang mit der Frage der Revisionsbestrebungen Deutschlands begrüßte er das amtliche deutsche Dementi über das Hitler-Interview im „Sunday Express“ und erklärte, das Verhältnis Polens zu Deutschland werde dasselbe sein, wie das Deutschlands zu Polen, die Beziehungen hingen also praktisch von Berlin ab.

Der Block der Kleinen Entente.

Der auf der Genfer Konferenz der Kleinen Entente angenommene Vorschlag Benesch's für einen engeren Zusammenschluß der Kleinen Entente ist angenommen worden.

Blutige Streikunruhen in Asturien.

In Oviedo (Nordspanien), dem Zentrum der Streikbewegung im asturischen Bergbau, kam es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen streikenden Grubenarbeitern und Polizeikräften. In der Nacht zum Donnerstag wurden fünf Bomben von Streikenden geworfen, von denen eine vor der Bank von Asturien und die vier anderen vor der sozialistischen Gewerkschaft explodierten. Die Stadt lag in tiefem Dunkel, weil die Hauptkabel der elektrischen Leitungen zerschnitten worden waren. Die schweren Straßenkämpfe forderten zahlreiche Tote und Verletzte.

Waffenfunde in Dalmatien.

In Dalmatien wurden in verschiedenen Orten bei Hausdurchsuchungen der Polizei größere Mengen Waffen zutage gefördert. Angeblich gehören die Besitzer einer Geheimorganisation an, die die Waffen von jugoslawischen Emigranten in der in Dalmatien gelegenen italienischen Stadt Zara erhalten.

Der Postanweisungsverkehr mit Polen wird vom 1. März an aufgenommen. Postanweisungen aus Deutschland nach Polen haben auf polnische Währung (Zloty und Grosz), Postanweisungen aus Polen nach Deutschland auf deutsche Währung zu lauten. Höchstbetrag einer Postanweisung aus Deutschland nach Polen 1700 Zloty, in umgekehrter Richtung 800 Mark. Auszahlungsscheine und das Verlangen der Eilzustellung sind für beide Richtungen zulässig. Telegraphische Postanweisungen sind vorläufig nicht zugelassen.

Vorfall wiederholen. Während sie bereit sei, für die Selbstverwaltung Indiens einzutreten, würde sie keine britischen Interessen opfern.

In der Debatte im Oberhaus wurde diese Ansicht noch einmal bestätigt.

Es ist kaum möglich, deutlicher auszudrücken, daß die britische Regierung sich noch heute an den Grundsatz hält, von dem Fries vor 130 Jahren schrieb: sie wird Indien, ungeachtet aller Versprechungen, keine wirkliche Regierung geben, sondern es weiter von einem „Kriegskommissariat der Franzosen, diesem Mittelding zwischen einer Regierung und einer Räuberbande“, verwalten lassen.

Wenn sie dieses Prinzip im Falle von Irland verletzt hat, so tat sie es nicht freiwillig. Sie ist vielmehr dazu gezwungen worden durch die Stärke der Aufstandsbewegung in Irland, vor allem dadurch, daß Irland in so großer Nähe Englands ist, daß sich die Unterdrückung der irischen Aufstandsbewegung durch Militär, Sonderjustiz und Terror weniger gut in England verbergen läßt, als wenn diese Maßnahmen in Indien angewandt werden, und daß die herrschende Klasse Englands — wie vieler anderer Länder — unmittelbar nach dem Kriege nicht wagte, die Arbeiterschaft ihres Landes durch eine zu gewaltsame Unterdrückung Irlands zu reizen. So kam es, daß die irischen Bauern zwar weiterhin durch die Landrente und auf andere Art ausgebeutet wurden, daß die britischen Imperialisten ihre Interessen in jenem Lande aber nicht mehr durch Militär und Verwaltungsorgane im Lande selber wahrten, sondern lediglich von England aus zu schützen suchten. Und so kam es, daß die Partei, die endgültig den Trennungsstrich zwischen England und Irland ziehen will, an die Macht kommen konnte, sodaß die britischen Imperialisten Irland höchstens noch mit Waffengewalt im Britischen Weltreich halten können.

Solange Großbritannien eine Wehrmacht hat, wird es nicht zulassen, daß es in Indien ähnlich kommt. Die Los-trennung Irlands würde für die britischen Imperialisten einen nicht unbedeutenden Verlust bedeuten; in Indien würden sie dagegen den wichtigsten Stützpunkt der Macht und des Reichtums des Britischen Weltreichs verlieren. Sir Samuel Hoare sagt offen, daß die britische Regierung entschlossen sei, keine britischen Interessen in Indien zu opfern. Das Machwerk, das der Welt demnächst als neue Bundesverfassung Indiens vorgestellt werden wird, braucht man sich daraufhin kaum noch anzusehen. Es wird nichts enthalten als ein demokratisches Truggewand zur Verhüllung der unverminderten Macht des Vizekönigs, also der britischen Regierung.

Se ungeheuer wertvoll wie Indien für den britischen Imperialisten ist, so ungeheuer schwer ist es, das Land aus den Klauen dieser Räuber zu reißen. Dieser Kampf erfordert den vollen Einsatz der Kräfte nicht nur der Massen in Indien, sondern auch der europäischen, besonders natürlich der englischen Arbeiterschaft.

Wolken am Völkerhimmel.

vorbehaltlich der Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen Organe. Es handelt sich bei dem Abkommen in erster Linie um

die Vereinheitlichung der Außenpolitik der Entente-staaten

(Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien). Hierfür ist die Einsetzung eines ständigen Rats der Kleinen Entente vorgesehen, der sich aus den Außenministern zusammensetzt.

Die Mächte der Kleinen Entente verpflichten sich, kein Abkommen mit einer anderen Macht ohne Zustimmung dieses Rats abzuschließen.

Auf der Konferenz der Kleinen Entente wurde ferner beschlossen, daß die Allianzabkommen zwischen den Ententemächten auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Dem neugefestigten Block könnten sich unter gewissen Bedingungen auch andere Staaten anschließen. Hier wird also die Möglichkeit der Bildung einer Donauföderation offen gelassen.

Das „Journal des Nations“, das unter französischem Einfluß steht, erklärt, der neue Block der Kleinen Entente werde Sicherheitsgarantien als Vorbedingung für die Abrüstung verlangen. Die Kleine Entente werde unermüdlich gegen alle Versuche vorgehen, die den Frieden in Mitteleuropa gefährden. Die Lage sei für die Kleine Entente jetzt besonders ernst.

Die Pariser Presse ist über die Beschlüsse der Kleinen Entente sehr erfreut. Der „Temps“ bemerkt, daß nunmehr eine durchgehende Linie von Gdingen bis Saloniki bestünde, die Frankreich freundlich gesinnt sei. Es wird erwartet, daß Eisenbahnlinien gebaut werden, die die Durchfahrt durch andere Länder unnötig machen. Die Skodawerke werden als Rüstungslieferant für den ganzen Donaublock und für Polen betrachtet.

Portinax zieht im „Daily Telegraph“ folgende Schlüsse aus dem Pakt:

1. Der neue Vertrag ist eine unmittelbare Antwort auf die italienischen Bemühungen zur Ausdehnung des italienischen Einflusses auf dem Balkan, besonders in Dalmatien.

2. Die drei Regierungen sind der Ansicht, daß ihr territorialer Besitzstand durch gemeinsame Maßnahmen jeder Art geschützt werden muß.

3. Das neue Bündnis bedeutet das Ende aller Versuche, Rumänien von Südslawien und der Tschechoslowakei zu trennen.

4. Für Frankreich werde es unmöglich sein, in Zukunft auf Rumänien einen Druck zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland auszuüben, durch den die Machtbefugnisse Rumäniens über Bessarabien zum mindesten in rechtlicher Hinsicht geschwächt werden. Keine der drei Unterzeichnermächte haben amtliche Beziehungen zu Rußland, und keiner von ihnen könne diesen Zustand ohne die Zustimmung der anderen ändern. Das genüge, um die Annäherung an Rußland unmöglich zu machen.

Mussolini über „Attentate auf den Frieden“.

In Mussolinis Blatt „Il Popolo d'Italia“ wird ein Leitartikel veröffentlicht, der, wenn nicht von Mussolini selber, so doch zweifellos mit seinem Einverständnis geschrieben worden ist. Der Artikel bezieht sich auf die Gerüchte über den italienisch-ungarisch-deutschen Geheimvertrag: „Man habe in diesem unqualifizierbaren französischen Mystifikations- und Lügenversuch ein ausgesprochenes Attentat auf den Frieden vor sich. Wer eigentlich könne angesichts der Verbreitung solcher Stinkgase, die bestimmt seien, die europäischen Völker in Verwirrung und Alarmzustand zu bringen, noch an die Aufrichtigkeit der französischen Friedensliebe und an die Ernsthaftigkeit der Absichten, die französisch-italienischen Beziehungen zu bessern, glauben? Die Wahrheit sei die, daß Frankreich nicht abrüsten wolle und auch nicht abrüsten werde. Es werde keine einzige Flinte aufgeben. Aber um sich vor der Welt ein Alibi zu schaffen, versteige es sich zu Phantasterien über Geheimbündnisse und Kriegsgefahren über dem Rhein und über den Alpen.“

Wir kennen jetzt den, der den Frieden will und den, der einen Krieg vorbereitet, um Europa zu beherrschen. Die Verantwortlichkeit liegt jetzt fest. Kein Mensch bedroht Frankreich; aber es ist Frankreich, das mit seinen ins Unermessliche angewachsenen Rüstungen, mit seinem Geist der Intrigen, mit seinem Ehrgeiz, mit seinem wilden, wenn auch nicht heiligen Egoismus, mit seiner ungeheuren uralten Ignoranz hinsichtlich der Bedürfnisse anderer Völker, mit seinen Bündnissen und mit seiner von der Kanonenfabrikation finanzierten Presse Europa und die Welt bedroht.“

Am Mittwoch dementierte Mussolini zu Beginn des Ministerrats das Gerücht über den Geheimvertrag, mit der Bemerkung, er halte dies nur deshalb für notwendig, weil das Gerücht von so prominenter Stelle in die Welt gesetzt worden sei.

„Daily Herald“ berichtet, daß die Regierungen Frankreichs und Jugoslawiens der italienischen Regierung ihre Bereitschaft zur Eröffnung von Verhandlungen über einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt mitgeteilt haben.

7 Tote, 115 Verletzte in Saloniki Griechische Polizei „löst eine KP-Versammlung auf“

In Saloniki fand am Mittwoch abend eine kommunistische Versammlung statt, an der etwa 400 Menschen teilnahmen. Die Polizei entdeckte die Versammlung und versuchte angeblich zwei Stunden lang, sie durch freundliches Zureden aufzulösen. Dann begann die Polizei zu schießen, angeblich nur in die Luft. Eine Panik entstand unter den Arbeitern, die zum Ausgang drängten. 7 Arbeiter wurden getötet und 115 verletzt, angeblich hauptsächlich durch das Gedränge, das in dem engen Treppenhaus entstand. 80 Kommunisten wurden verhaftet.

Eine Milchwoche. In der Tschechoslowakei wird in der Zeit vom 19. bis 26. Februar eine „Milchwoche“ veranstaltet mit dem Zweck, die Bevölkerung auf die Vorteile des Genusses von Milch und Molkereiprodukten aufmerksam zu machen.

Gedanken zum Unglück von Neunkirchen.

G. T. Es wird kaum jemanden geben, den nicht die Nachricht von der furchtbaren Katastrophe in Neunkirchen mit Teilnahme erfüllt hat, dessen Gedanken nicht wenigstens auf Augenblicke bei denen waren, die morgens an ihre harte Arbeit gingen, froh, sie überhaupt noch zu haben, und die abends nicht nach Haus kamen, oder bei denen, die durch dieses Unglück gute Freunde und Verwandte verloren haben.

Wie immer bei derartig großen Unglücksfällen haben auch amtliche Stellen und private Organisationen ihre Anteilnahme an dem Unglück geäußert: Fahnen wurden halbmast gehißt, Beileidstelegramme geschickt, Spenden zur Unterstützung der Hinterbliebenen gesammelt, Delegationen zu den Trauerfeiern entsandt. In diesem Falle sind solche Aeußerungen allerdings ganz besonders aus den sogenannten nationalen Kreisen gekommen. Organisationen wie der Verein für das Deutschtum im Ausland, Kriegervereine, „Stahlhelm“ und Nazis wetteiferten in Beweisen ihrer Teilnahme, und zwar mit dem nicht mißzuverstehenden Bestreben, die „Verbundenheit des Saargebiets — das von einem Völkerbunds-Kommissar verwaltet wird — mit dem deutschen Vaterlande“ zu betonen. Hetzartikel gegen die Teilnahme französischer Behörden, die sich wie die deutschen Stellen um die Neunkirchner Opfer gekümmert haben, bestätigen das.

Auch bei den Trauerfeiern waren viele nationalistische Vereine anwesend. Und man fragt sich: Was wollen gerade diese Organisationen dort? Sind nicht gerade sie es mit in erster Linie, die durch nationalistische Hetze und Vernebelung der Gehirne mittels Presse, Rundfunk und anderer Einrichtungen den nächsten Krieg schmackhaft machen helfen? Man denke nur an den reaktionären Verein für das Deutschtum im Ausland, mit dem langjährigen Reichswehrminister als Vorsitzenden. Und was ist ein Krieg heute anders als eine Kette solcher Explosionen, wie wir sie in Neunkirchen jetzt erlebt haben; der Unterschied liegt nur darin, daß es sich hier um ein zum Glück seltenes Unglück handelt, während der Krieg ein Verbrechen ist. Gerade Gasometer, chemische Fabriken und Munitionslager werden das Ziel der Bombenflugzeuge sein, mit denen der nächste Krieg im wesentlichen geführt werden soll. Was die Explosionen verschonen, werden die gleichzeitig herabgesenkten Giftgaschwaden vernichten, sodaß am Schluß vielleicht einige Fahnenmasten übrig geblieben sein werden, aber niemand, der die Trauerfahnen auf halbmast hissen könnte.

Wer also — wie die nationalistischen Gruppen, die in diesen Tagen in Neunkirchen getrauert haben — die Völker in diese Katastrophe hineinsetzen hilft, dem steht es schlecht an, in diesem einen Unglücksfall, der sechzig Menschen das Leben gekostet hat, zu jammern. Es ist geradezu eine Beleidigung der Menschheit, diese Kriegshetzer in dem Trauerzug zu sehen. Ihre Anwesenheit dort könnte nur gerechtfertigt werden, wenn ihnen an den Särgen dieser Unglücksopfer eine Ahnung von dem Unrecht aufgehen würde, das sie anzurichten im Begriff sind.

Doch damit ist kaum zu rechnen!

Eisenach

Wir organisieren die Einheitsfront! Öffentliche Versammlung

am Montag, dem 20. Februar, 20 Uhr, im großen „Engel“-Saal.

Redner: H. Rauschenplat, Berlin.

Als Diskussionsredner sind vorgemerkt: F. Iffland (KP), M. Witzel (SPD), H. Lücke (SAP), F. Hammel (Gruppe revolutionärer Pazifisten), Hertsch (Bund religiöser Sozialisten).

Die Parteivorstände der KPD, SPD und des ADGB sind eingeladen.

Eintritt: 15 Pf. Für Erwerblose: 10 Pf. Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund. Arbeitskreis Eisenach.

Das „Jugendland“ des DINTA.

Beh. In vielen Familien des rheinisch-westfälischen Industriegebiets sind die Werkzeugzeitschriften, die vom Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) herausgegeben und in den Betrieben unentgeltlich verteilt werden, die einzigen Zeitungen, die ins Haus kommen; denn der geringe Verdienst reicht kaum zum Leben. Auch an die Kinder denkt das vorsorgliche Dinta: jeden Monat läßt es eine Beilage „Jugendland“ erscheinen. Diese Beilage steht natürlich, ebenso wie die Werkzeugzeitung selber, im Dienst kapitalistischer und nationalistischer Interessen. Ein besonders gutes Beispiel hierfür gibt die Januar-Nummer des „Jugendlands“. Nachdem die alte Zeit mit ihrer „Pflichterfüllung“ und dem davon ausgehenden Segen über alles Maß gelobt worden ist, heißt es weiter:

„1918 kamen die Männer aus Ruder, deren Grundsatz hieß: erst Rechte, dann Pflichten. Man sollte ein Recht auf Geld und wenig Arbeitszeit haben und möglichst wenig Pflichten. Schon in der Schule sollte das angehen. Die Schüler sollten einen Schülerrat bilden und ihre Lehrer beaufsichtigen. Das häßliche Wort Pflicht sollte überhaupt aus der Erziehung gestrichen werden. . . . Eine nach der anderen

NS fordern: Weg mit Luther.

Gottfried Feder sprach am Mittwoch abend auf Einladung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes in Dresden über Wirtschaftsfragen. Er behauptete, Arbeitsbeschaffung könne nur auf dem Wege der echten bäuerlichen Siedlung erfolgen, „da der Höhepunkt des technischen Zeitalters überschritten sei“. Auf den Gebieten des Wege- und Wasserbaues, der Siedlung, der Landgewinnung (wo?) lägen gewaltige Aufgaben vor. Diese Aufgaben könnten nicht von heute auf morgen, und vor allen Dingen nicht mit den Menschen des alten Systems gemacht werden. An die Finanzierung aller dieser Aufgaben sei auch voraussichtlich nicht zu denken, solange Dr. Hans Luther Reichsbankpräsident sei. Es heiße also, ruhig und Schritt für Schritt vorzugehen.

Einer der Schritte ist also offenbar die Absetzung des Reichsbankpräsidenten.

Was das für die Währung bedeutet, hat der Reichspräsident selber einmal dadurch ausgesprochen, daß er Luther als den „Gralsritter der Währung“ bezeichnete.

Auf dem Wege zur Einheit.

In Hann.-Münden hatte die „Eiserne Front“ für Dienstag zu einer Kundgebung gegen die Hitler-Regierung aufgerufen. KP und Antifa forderten ihre Anhänger auf, gemeinsam mit der „Eisernen Front“ zu demonstrieren. So kam es zu einer Einheitskundgebung von gewaltigem Eindruck. Voran die Schufe der „Eisernen Front“, dahinter etwa in der Mitte des Zuges, die kommunistischen Genossen. Von den Straßenseiten und aus den Fenstern der Arbeiterwohnungen jubelnde Zurufe „Freiheit!“ und „Rot Front!“, die begeistert erwidert wurden. Die Zuschauer an den Straßenecken riefen: „So muß es immer sein!“ Auf dem Marktplatz sammelten sich Tausende. Der Versammlungsleiter rief unter begeisterter Zustimmung aus:

„Der heutige Abend beweist, daß die Arbeiter zusammengehen können. Wir fordern von den Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung, daß sie alles tun, um zur Einheitsfront zu kommen.“

Wieviel mehr Verständnis für die Bedingungen des Zustandekommens einer ehrlichen Einheitsfront die einfachen Parteimitglieder haben als die Leitungen, zeigte sich, als ein junger SP-Redner am Schluß seiner sonst guten Rede zur Wahl der SP aufforderte. Sofort regte sich Widerspruch bei seinen eigenen Parteigenossen: „Das hätte er nicht sagen dürfen; er hätte zur Wahl eines Arbeiterkandidaten auffordern müssen.“

der revolutionären Schulen wird geschlossen, weil nur Zuchtlosigkeit und dummer Dünkel halbreifer Menschen sich darin entwickelt hatte.

All das hätte uns erspart bleiben können, wenn man am Guten festgehalten hätte, das in aller Tradition steckt. . . . In unserer alten Armees Tradition, in unserm alten Beamtenstaat war Tradition, in unserm Schul- und Lehrwesen war Tradition, ja in unseren alten guten Handelsfirmen und Geschäften war die Tradition des ehrbaren Kaufmanns mehr wert als gewissenlose Inflationsgewinne.“

Den schwerindustriellen Geldgebern des Dinta, die an der Kriegsindustrie und an der Inflation reichlich verdient haben, steht diese Heuchelei gut zu Gesicht! Aber es gilt ja, den Arbeiterkindern zu beweisen, daß sie in erster Linie nicht Rechte, sondern Pflichten haben. Die Ausnutzung des anständigen Wortes „Pflicht“ für die Bemäntelung der Forderung des bloßen Untertanengeistes gegenüber Staat und Untermertum ist eine besondere Heintücke. Kein Wunder, wenn es in der „Internationale“ heißt: „Leeres Wort des Armen Rechte, leeres Wort der Reichen Pflicht!“

Werft diese Zeitungen aus dem Hause hinaus. Besser, man weiß überhaupt nichts von der Welt als nur dieses verlogene Zeug.

Die Dirne des Kapitals.

Unter der Überschrift „Herakles unter den Arbeitern“ hat Josef Luitpold Stern, der österreichische, auch in Deutschland wohlbekannt Vorkämpfer für sozialistische Kultur, eine leidenschaftliche Anklage gegen die Trinkkitten der Arbeiterschaft geschrieben. Wir wollen mit dem Abdruck zweier Abschnitte auf diese wertvolle Broschüre aufmerksam machen.

Will eine Klasse eine andere niederwerfen, will eine Rasse über eine andere herrschen, sie versucht es durch die Gewalt der Waffe; es gibt aber eine sieghaftere, leichtere Waffe zur Niederwerfung des Gegners: Alkohol.

Will der Adel den Bürger knebeln, dann verstrickt er ihn in Trinkerehrgeiz. Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein braver Mann. Trink zu Kaisers Geburtstag — das sichert dem Kaiser den nächsten Geburtstag.

Die Bauernmassen Europas verloren Freiheit und Boden, ließen sich ins Tölpelhafte stoßen — wie? Man reichte ihnen den Maßkrug. Ueber Mostschädel schwingen Starhemberge ihre Paniere.

Nichts anders ist es mit dem industriellen Proletariat. Man lese Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Es war 1844. Wird es 1944 überwunden sein?

Wie kann man das Proletariat zu Lohndruck verführen, wie macht man es unsolidarisch, gewerkschaftsfeindlich? Es lockt am Abend der Lohnauszahlung neben dem Tor der Fabrik der Schnapsladen zur Zerstörung des einzigen Rettens, des Gehirns.

Was ist dieser ganze Sonntag der europäischen Kultur, was sind Praterstimmung, Vergütungsindustrie anderes mehr als ununterbrochen gelingende Versuche, den armen Mann in den Kerker der Dummheit zu werfen. Alkohol, er ist der getreue Ekkehard aller Reaktion. Jeder Volksfeind muß Alkoholfreund sein.

Kein Zufall, daß die kapitalistische Operette zu ihren Trinkmelodien die Worte setzen läßt: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.“ Herakles unter den Arbeitern ruft: „Glücklicher ist, wer niemals vergißt, was alles auf diesem Erdball noch zu ändern ist!“ Vergessen will man seine eigene Niederlage im großen Geschichtskampfe nur so lange, als man nicht weiß, wie man zu kämpfen und zu siegen hat, um teilhaftig zu werden des Glückes dieser Erde. Der besiegte, der nichtdenkende, der geschichtlich ohnmächtige Arbeiter trinkt. Das denkende Proletariat bekennt sich zur Pflicht der Nüchternheit. Es genügt nicht, die drei Pfeile zu tragen. Damit sie ihr Ziel erreichen, muß der Bogenschütze nüchtern sein. Asa.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 18. Februar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Genossen, lernt von Italien! Schließt die Einheitsfront!

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by S. Kiepenheuer Verlag AG, Berlin.

Funk will erst gar nichts sagen, aber dann juckt und brennt es ihn doch: „Herr Stabsarzt haben jenen Truppenkrankenrapport unterschrieben; hätten Herr Stabsarzt nur mit einem Blick die Rubriken kontrolliert —“

Aber Lipp unterbricht ihn: „Halt's Maul! Ich will nichts mehr hören, sonst krepier ich!“ und jagt von dannen.

Es ist ihm nicht vergönnt, wieder in richtige Ruhe zu kommen. In der Nacht werden Funk und er geweckt durch ein Bellen und Geböller in der Luft, das zunimmt. Artillerie auf beiden Seiten im Regimentsabschnitt wird lebhaft wie seit langem nicht.

Jedenfalls hat es da draußen, seit Lipp Regimentsarzt ist, noch nie so spektakulär.

Er haut mit den Fäusten an Funks Tür: „Aufstehen! Sofort anziehen!“

Funk gehorcht und erscheint. Lipp ist wachsgelb im gelben Licht sämtlicher Kerzen, die er besitzt und angebrannt hat. „Hören Sie nix? Mir scheint, Sie hören net gut!“

„Ich höre, Herr Stabsarzt.“

„Reden S' net so gespreizt. Wenn Sie hören, dann dürften Sie auch wissen, was vor sich geht. Das ist der Angriff! Die Engländer kommen!“

„Es könnt' auch lediglich ein Artilleriegefecht sein und Nervosität auf beiden Seiten. Für Trommelfeuer der Engländer scheint es doch zu schwach.“

„Zu schwach, Herr Strategie! Haben Sie Harz in den Ohrwascheln? Merken Sie nicht, wie's unützlich zunimmt? Das ist der Angriff, lang genug warten wir auf ihn.“

Er springt ruckweise durchs kleine Zimmer. Er schnallt das Dolchmesser um, die Pistole. Der Gurt reißt. Er flucht. Er versuchte ihn mit fliegenden Händen zu flicken — und feuert ihn in die Ecke. Die Waffe steckt er in den Hosensack.

Er setzt den Helm auf, er befiehlt: „Machen Sie sich fertig. Angriff! Wo haben Sie Ihren Helm?“

„Weiß nicht, wo er geblieben ist. Er muß gestohlen worden sein.“

„Nachha halten S' Ihren Deetz nacket ins Feuer, von mir aus.“ Er rast um den Tisch wie ein wildes Tier, aufgelöst, unfähig zu denken. „Wenn der Regimentstab die Befehlsstelle bezieht, gehe ich auch hinaus. Früher nicht. Keine Minute früher, ich werde mich hüten! — Laufen Sie, alle Leute drüben im Revier sollen sich fertigmachen. Ich komm gleich nach und sortierte die Kranken. Die ganz leichten zur Truppe, die schwereren zurück in die Lazarette!“

Funk läuft. Als er auf der Treppe ist, fängt ein verspätetes deutsches Geschütz, am Ortsausgang postiert, plötzlich zu donnern an.

Es ist eine pechschwarze Nacht. Es rieselt. Ins Dorf fällt kein Schuß, aber als er dort querüber will, wo er die Straße vermutet, hört er Geraasol und rasenden Hufschlag anbrausen.

Er sieht gar nichts, aber er weiß: es klötern so nur die Feldküchen. Sie haben Menage hinausgefahren, sie kommen von draußen zurück — offenbar mit Gäulen, die schon geworden sind durch das nahe Geschützfeuer.

Funk drückt sich an eine Steinwand. . . . dicht neben ihm schnaubt es, Raddrohungen jagen knirschend in Zentimeternähe vorbei, er spürt fegende Luft, hört Riemenzug, Nüstern, klatschendes Leder, als wolle das alles durch ihn hindurch . . .

Gerät er darunter? Wird er gestreift, zu Boden und hineingerissen?

Er kann nur warten . . . Er sieht nichts . . . Er sieht alles riesengroß im gepolignen Hirn . . .

Es geht vorbei. Es wird ruhig. Werden nicht auch die Geschütze schon ruhiger? Funk tastet sich mühsam zurecht und hinter ins Revier.

Der Feldwebel Asam liegt in seiner sauber gehaltenen Bude im Bett. Fähnlein nebenan desgleichen in seinem „medizinisch“ ausgestatteten Raum. Sie lachen beide, sie lachen Funk und den Stabsarzt aus.

„Horch,“ sagt Asam, „wie brav der Engländer schon einpackt! Aber auch die unsern sind müd. Eh — nichts weiter, als daß sie sich gegenseitig ein bisschen geärgert haben. Sag dem Staberl einen schönen Gruß, und er soll sich auf's Ohr legen.“

In der Tat: es herrscht bereits vollkommene Stille. Der feine Regen wispert mit dünnem Stimmchen . . .

Als Funk wieder bei Lipp landet, streckt der sich zwischen weißen Kisseln. Aber die Kerzen brennen noch. „Geh, blasen S' die Lichter aus“, befiehlt er einsilbig und dreht sich zur Wand.

18.

Aber vier Wochen später kamen die Engländer wirklich.

An einem strahlenden Sommernorgen, gleich nach der Revierstunde, die Lipp, heftig von einem Schnupfen geplagt, dem Dr. Model überlassen hatte, so daß sie ausnahmsweise gegen neun Uhr beendet war, sagte Feldwebel Fähnlein zu Funk: „Haben Sie eigentlich schon mal vom Dach des höchsten Fournier Hauses, vom Geschäftsbau am Bahnhof, die Gegend betrachtet? Man sieht weit ins Land zu den Engländern hinüber und kann das Feuer der Geschütze beobachten. Mich wundert's, daß sie den großen Kasten so stehen gelassen haben, sie haben nur ein paar Granaten in den Dachstuhl geschickt — damals, als Bahnhof und Bahngelände durch Artillerie erledigt wurden. Wollen wir hinauf? Es ist unruhig heute morgen. Es gibt sicher was zu sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

„De Zeven Provincien.“

Die Vorgeschichte des Aufstands.

IAK. Wie fast alle Staaten, so kämpfen auch die Niederlande mit einem Fehlbetrag im Budget. Die Gegenmaßnahmen: Senkung der Arbeitslosenunterstützung, der Gehälter, der sozialen Ausgaben.

In der Marine beginnt der Kampf um diesen Abbau.

Die Gehälter des Marinepersonals werden anfänglich um 10 Prozent herabgesetzt; am 17. Dezember wird bekannt, daß der Abzug am 1. Januar 1933 auf 17 Prozent erhöht werden soll. Am 28. Dezember hält der Bund des unteren Marinepersonals eine Demonstration zu Soerabaja ab, an der 700 Mann teilnehmen. Am 31. Dezember wird mitgeteilt, daß der Abzug in Abwartung weiterer Regelungen nicht erhöht werden soll. Am 21. Januar wird angekündigt, daß der Abzug für das europäische Marinepersonal auf 14 Prozent erhöht wird. Am 27. Januar findet zu Soerabaja eine Protestversammlung statt. Am 28. Januar wird das Abhalten weiterer Versammlungen dem Marinepersonal verboten. Am 30. Januar wird für das inländische Personal eine Erhöhung des Abzugs bis zu 17 Prozent angekündigt. Es herrscht eine allgemeine Erbitterung; 400 Mann Militär werden nach Soerabaja entsandt. Am Morgen des 31. Januar verweigern 40 Mann Marinepersonal, hauptsächlich Europäer, den militärischen Dienst. Am 3. Februar wird durch 425 einheimische Marineangehörige der Dienst verweigert. Sie werden gefangengesetzt. Als Protest dagegen und gegen die Gehaltskürzung findet am folgenden Tag die Meuterei auf „De Zeven Provincien“ statt. (Diese Tatsachen sind einer Übersichts in „Het Volk“ vom 6. Februar entlehnt.) Die zufällige Abwesenheit des Kapitäns wird von der Mannschaft dazu ausgenutzt, das Schiff zu entführen.

Auf der ganzen Flotte gärt es. Als auf dem Kriegsschiff „Java“ die Meuterei der „Zeven Provincien“ bekannt wurde, wird die gesamte einheimische Besatzung durch das übrige Personal nach dem Vorderschiff getrieben, und dort unter Bewachung eingeschlossen. Bei Ankunft in Soerabaja wird sie durch europäisches Personal ersetzt.

Keine Schonung von rechts.

Die Antwort der niederländischen Imperialisten — wie auch ihrer ausländischen Klassengenossen — war eindeutig und scharf. Sie fühlten sich in ihrer Macht bedroht und griffen zu. Nur ein Beispiel:

„Het Vaderland“ (liberal) schrieb: „Sofortiges, tatkräftiges Auftreten muß zur Folge haben, daß auch die Offiziere Opfer werden können, aber dieses tritt zurück gegenüber dem Interesse, ein deutlich sprechendes Beispiel zu geben.“ Das Echo in der deutschen Rechtspresse war das gleiche.

Halbe Solidarität links.

Die Arbeiterbewegung in den Niederlanden ist in der Hauptsache sozialdemokratisch. Die Sozialdemokraten haben ein Viertel der Sitze im Parlament; ihre Gewerkschaften zählen 300 000 Mitglieder neben insgesamt 300 000 anderweit, hauptsächlich christlich organisierten. Die Sozialdemokratie nahm ihre bekannte, zwitterhafte Haltung ein. Einerseits gab sie die Schuld an dem Geschehenen der Regierung, andererseits verurteilte sie die Meuterei und stellte sich auf den Standpunkt, daß diese unterbleiben sollte. Der Leiter der Sozialdemokraten, Albarada, erklärte in der Zweiten Kammer: „Die Regierung kann sich auf keinen anderen Standpunkt stellen, als daß das Schiff wieder unter Marinebefehl kommen muß. Aber dieses braucht nicht mit

Gewalt zu geschehen.“ Der „indische Spezialist“ der Sozialdemokraten, Cramer, der erst auf einer öffentlichen Versammlung den Meuterern zugejubelt hatte, bestand darauf, „daß keine allzu strengen Repressalien ergriffen werden sollten“. „Noch ist es für die Regierung“, so sagte er, „eine Kleinigkeit, diesen Aufstand zu unterdrücken.“ Und in der Ersten Kammer erklärte der Sozialdemokrat Mibaut wörtlich: „Ich denke nicht daran, mich mit dem Verhalten dieser jungen Menschen auf „De Zeven Provincien“ solidarisch zu erklären. Ich sehe das alles als eine Unbesonnenheit an... Auch wenn man in hohem Maße dieses Auftreten als unbesonnen erachtet, dann ist noch immer ein großer Abstand zwischen jenem Standpunkt und dem nationalen Trauer und tiefer Entrüstung.“

Diese Halbheit äußerte sich gleichfalls bei dem weißen Marinepersonal in Niederland, das zum größten Teile sozialdemokratisch denkt. Aus der sozialdemokratischen Presse: „Wir fühlen mit unseren Kameraden.“

Wenn es darauf ankommt, fühlen wir rot, aber unsere Köpfe bleiben kühl. Keine Dummheiten hier in Den Helder. Wir kennen unsere Pflicht und werden sie erfüllen.

Aber unser Herz schlägt warm für das, was diese Inländer getan haben, für die eindringliche Lektion, die sie der Regierung erteilt haben, für ihre kräftige Antwort auf den gemeinen Angriff auf unser aller Lebensglück.“

Am 9. Februar veranstaltete das Komitee aus den Marinepersonal-Organisationen, unter ihnen auch die sozialdemokratische Organisation, eine Versammlung, die durch 1000 Mitglieder von der Marine besucht wurde. Es wurde ein Antrag angenommen, worin ersucht wurde, die Lohnungs-Herabsetzung zurückzunehmen. Aber in erster Stelle wurde jedes Vergehen gegen die Disziplin mißbilligt und eine „dringende Aufforderung“ an „alle Schiffs-Bemannungen gerichtet, besonders in den heutigen schwierigen Verhältnissen ihre Pflicht auch weiterhin zu erfüllen...“

Auf diese Weise stellten sich selbst Klassengenossen hinter die Behörden. Unter diesen Umständen konnte die niederländische Regierung ihren Weg weitergehen. Und sie ist ihn weitergegangen!

Tarifikündigung in Po'len.

Der polnische Arbeitgeberverband hat die Tarifverträge der Bergleute in Oberschlesien und Dombrowa zu Ende Februar gekündigt.

Bekanntlich haben die Arbeiter auf der am Sonntag in Kattowitz stattgefundenen Betriebsrätekonferenz scharfe Kampfmaßnahmen beschlossen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß es zu einem Streik kommen wird.

Die Bergarbeiterverbände haben für Sonntag eine Vertreterversammlung nach Sasnowitz einberufen, auf der die Lage besprochen werden soll.

Verschmelzung von Gewerkschaften in Oesterreich.

(IGB.) In Ausführung der vom vorigen Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlüsse zur Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Kräfte werden am 19. und 20. Februar Tagungen der Technischen Union und der Postgewerkschaft stattfinden, die eine Zusammenlegung aller Gewerkschaften

Die Niederwerfung des Aufstandes.

Am Dienstag, dem 7. Februar, sagte der Niederländische Außenminister Beelers van Blokland auf der Abrüstungskonferenz zu Genf: Niederland begrüßt mit Genugtuung den Antrag zu einem völligen Verbot eines Luftbombardements.

Am Freitag, dem 10. Februar 1933, eröffneten die Niederlande ein Luftbombardement auf die Mannschaft eines eigenen Schiffes, auf eine Mannschaft, die keine einzige Gewalttat begangen hatte und die bereit war, sich zu ergeben, wenn ihr Straffreiheit zugesichert würde.

Nachdem „De Zeven Provincien“ tagelang verfolgt worden war, wurden Freitag fünf Kriegsschiffe und acht Flugboote gegen das Schiff konzentriert. Der Angriffsplan bestand aus drei Teilen: Ein Angriff mit Bomben aus Flugbooten, ein Angriff mit Kriegstorpedos, ein Angriff mit Geschütz. Einen Kampf mit Geschützen wagte man nicht, da „De Zeven Provincien“ schwereres Geschütz hatten als die Angreifer. Nachdem die Besatzung des Schiffes aufgefordert worden war, sich bedingungslos zu ergeben, wurde zehn Minuten darauf eine Bombe von 50 kg auf das Schiff geworfen. Niemand an Bord hatte erwartet, daß etwas derartiges geschehen würde. Selbst einer der niederländischen Offiziere an Bord von „De Zeven Provincien“, Baron de Vos van Steenwijk, hat erklärt, nicht gleich einen Angriff erwartet zu haben! Man ist sogleich mit der modernsten und entsetzlichsten Kriegswaffe aufgetreten. Das Auftreten der zaristischen Regierung 1905 gegen den „Potemkin“ war damit verglichen human. Einige Leichen, aber auch einige der Verwundeten waren unerkennbar! Die getöteten niederländischen Mannschaften (18, später starben noch 4) waren 18, 19 und 20 Jahre alt.

Was wird aus den Gefangenen?

Die meuternde Besatzung ist gefangen genommen. Es ist zu fürchten, daß die Rachsucht der weißen Herrscher durch das unnütze Hinmorden von 22 Menschen noch nicht befriedigt ist, sondern weiter an den Gefangenen ausgelassen werden wird. Bereits jetzt fordern wir die internationale Arbeiterklasse auf, diese politischen Gefangenen nicht ihrem Schicksal zu überlassen, sondern sie durch tatkräftige Proteste gegen ihre Unterdrücker zu beschirmen!

der Post-, Telegraphen-, Radio- und Bundesbetriebe zu einer großen Einheitsgewerkschaft beschließen werden.

Arbeiter-Stenographenverein Groß-Berlin.

Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet. Übungsabende in Reichskurzschrift finden statt. Neukölln, Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209; Freitag, Donnerstag, 19.30—21.30 Uhr (Debatte). Norden: Volksschule, Schulstraße 99; Montag, 19.30—21.30 Uhr. Nordosten: Jugendheim, Danziger Straße 62; Dienstag, Freitag, 20—22 Uhr (Debatte). Weitere Auskunft durch den 1. Vorsitzenden: O. Wenghofer, Velten (Mark), Wilhelmstraße 10a.

Gilde freier Bücherfreunde.

Am Freitag, dem 17. Februar, veranstaltet die Gilde freier Bücherfreunde in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberschule, Weinmeisterstraße 15, pünktlich 20 Uhr, einen Vortragsabend. Es spricht A. Müller-Lehning (Holland) über: Bakunin, Marx und Lenin. Gleichzeitig findet eine Buchausstellung unter dem Motto „Der Weg zum Sozialismus“ statt. Eintritt 0,40 M. für Arbeitslose 0,15 M.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Janowitz 5900 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Hessischepl. 12.

Feinbeschl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zettungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Land-
heime, Ferien-Lager,
Schulen u. s. W.
erhalten

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Werkt Abonnement!
Sammelt Anzeigen
Zurzeit bei Enkisten
unserer Mitarbeiter

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Selten
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkstr. 1

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von bestem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßnehderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Was tun?
Angesichts der heutigen politischen Lage steht diese Frage für
die Arbeiterschaft im Vordergrund. Welche Schritte hat in
ähnlichen Situationen LENIN unternommen? Zur Beant-
wortung dieser Frage kann man viel lernen aus der Schrift:

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Jüdenstraße 8, III

**„Haltet Euch gesund
durch naturgemäße Kost“**
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

LEO TROTZKI
Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit drei Bildern. 170 Seiten.
Brochiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2.— Mark.

Eine neue Schallplatte der **Ernst Busch-Serie**
Jetzt auf „Gloria“ für nur 1,50 M.
Anrede an ein neugeborenes Kind, aus dem
Granowsky-Tonfilm „Das Lied vom Leben“
Eisler, Mehring
Ballade vom Soldaten Eisler, Brecht
Früher sind erschienen:
Ballade vom Säckschmelzen / Solidaritätlied.
Lied der Baumwollpflücker / Ballade vom Nigger Jim.
Lied der Bergarbeiter / Lied der Arbeitslosen.
Plattenpreis je 1,50 Mark.
Otto Pfothauer, Weimar, Gieserstr. 14

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
18. Februar:
Der herrliche Südschiff „TABU“
von F. W. Murnau / Elipera Tierfilm:
„Tiere sehen Dich an“
Ab 17. Februar:
„Menschen hinter Gittern“
Regie: Paul Fejos mit Heinrich George,
Gustav Diessl, v. Twardowski, Ertlinger.
Dazu: Fox tödende Wochenschaus.
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Die Aufzeichnungen Trotzki's über seinen Lehrer und den Meister
der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeu-
gendste Dokument, das wir — ausser in Lenins eigenen Schrif-
ten — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.
Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 818 42. Telefon F 7 5324.

Der Bürgerkrieg. Wieder sechs Tote.

Braunschweig. Den am Sonntag zum Schutz der Nazi-provokation verschossenen Polizeikugeln ist inzwischen auch die 62jährige Frau Reinecke zum Opfer gefallen. 52jährige Frau Reinecke zum Opfer gefallen.

Sie starb an den Folgen ihrer Schußverletzung.

Auch sie ist von der Polizei angeschossen worden, weil sie nach Ansicht der Polizisten der Aufforderung: „Fenster zu!“ nicht schnell genug Folge leistete.

Deggendorf (Donau). Der Nazi Prebeck erschöß den Bauernbündler Hartl.

Dortmund-Asseln. Der Mörder des am Sonntag erstochenen Kommunisten Banikau ist ermittelt worden: es ist der 43jährige SA-Mann Sengotta aus Wickede. Er gibt zu, sich auf Banikau gestürzt, ihn mit dem Messer bearbeitet zu haben, dann mit dem SA-Sturm weitermarschiert zu sein und das Messer unterwegs fortgeworfen zu haben.

Eisleben. Zwei weitere Kommunisten sind an den Verletzungen, die ihnen von Nazis am Sonntag beigebracht worden waren, gestorben: der 21jährige Zimmermann Helm und der 30jährige Bergmann Schneider. Den Tod eines Kommunisten (Glocke) und eines SA-Mannes hatten wir bereits gemeldet. Bisher also vier Todesopfer dieses Blutsonntags.

„Für die Wahrheit!“ in Eisleben hatte Stampfer auf Grund persönlicher Erkundigungen an Ort und Stelle einen Bericht geschrieben, der nun dem „Vorwärts“ ein Verbot von einer Woche eingetragen hat. Als „Gründe“ werden angeführt:

„Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen von der durch die eingeleiteten Ermittlungen inzwischen völlig widerlegten Behauptung aus, daß nicht aus dem Hause des „Klassenkampf“ in Eisleben zuerst auf die Nationalsozialisten geschossen worden sei, sondern daß diese äußeren Anlaß das in kommunistischem Eigentum stehende Gebäude überfallen hätten, um die Einrichtung zu zerstören und gegen die darin befindlichen Personen gewalttätig vorzugehen. In der gleichen Richtung bewegen sich die weiteren Ausführungen über den Hergang des „Sturms auf die Turnhalle“. Auch hier zielt die Schilderung offensichtlich darauf ab, das Verhalten der nach den Feststellungen der eingeleiteten Untersuchung unzweifelhaft auch von dieser Baulichkeit aus durch Schüsse angegriffenen Nationalsozialisten als eine jeder inneren Berechtigung entbehrende brutale Ausschreitung zu charakterisieren. Aus diesen von dem Verfasser bewußt im Gegensatz zu anderen Zeitungen gegebenen Sachdarstellungen, die er in Verbindung mit von der Regierung getroffenen Maßnahmen bringt, wird der Schluß gezogen, daß die Behörden nicht etwa aus mangelnder Objektivität, sondern vorsätzlich pflicht- und rechtswidrig diese Darstellung verbreitet und aufrechterhalten hätten, da sie dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von oben vorgeschrieben ist, angepaßt werden müsse. Dieselbe böswillige Verächtlichmachung der Behörden und insbesondere des verantwortlichen Leiters der preußischen inneren Verwaltung zeigt sich auch darin, daß im vorletzten Absatz die Erwartung ausgesprochen wird, von diesen Behörden könne ein objektives Untersuchungsergebnis nicht erwartet werden, die „Bürgerleute von Eisleben“ würden nie erfahren, was nach Auffassung des Artikelschreibers das tatsächliche Untersuchungsergebnis sein müßte.“

Das von Melcher dankenswerter Weise noch einmal mitgeteilte Urteil des „Vorwärts“ über Eisleben erganzten wir durch die Erinnerung an den Bericht der Staatsanwaltschaft Halle. Diese Behörde hat sich die Darstellung, als hätten die Kommunisten aus dem „Klassenkampf“-Haus zuerst auf die Nazis geschossen, keineswegs zu eigen gemacht. Der entscheidende Satz des staatsanwaltschaftlichen Berichts lautet nämlich: „Als der Schluß des Zuges gerade das Gebäude des „Klassenkampf“ passierte, drangen verschiedene Zugteilnehmer in den Hausflur des Gebäudes ein, weil angeblich (!) aus dem Gebäude auf den Zug geschossen worden sei.“ Mit anderen Worten:

die Nazis behaupten natürlich, daß die Kommunisten zuerst geschossen hätten. Mehr sagt der staatsanwalt-

Verboten, verhaftet, beschlagnahmt.

Verboten bis zum 22. Februar: der „Vorwärts“ wegen Stampfers Bericht über den Nazisturm auf das Eislebener KP-Haus.

Verboten bis zum 22. Februar: das „8 Uhr-Abendblatt“ wegen eines Berichts über Eisleben.

Verboten für sechs Tage: die „Rheinische Zeitung“ (Köln), weil sie sich „in persönlich herabsetzender Weise mit dem bekannten Entschluß des Herrn Reichskanzlers, sein Gehalt für wohltätige Zwecke zur Verfügung zu stellen, befaßt“ habe.

Verboten für 14 Tage: die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ (Kiel).

Verboten für fünf Tage: der sozialdemokratische „Volkswille“ (Hannover), weil er in einem Aufsatz über das Unglück in Neunkirchen die Regierung angegriffen hatte.

Beschlagnahmt: die Dienstag-Auflage des sozialdemokratischen „Volksfreund“ (Frankfurt-Oder).

Beschlagnahmt: ein von der Berliner SPD herausgegebenes Wahlflugblatt „Noch vier Jahre Not“.

Festgenommen wegen Vorbereitung zum Hochverrat: ein Drucker in Köln, der kommunistische Flugblätter druckte. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Verhaftet und in Richtung Reichsgericht in Marsch gesetzt: acht Kommunisten aus Scherlebeck bei Recklinghausen. „Material“ des RFB sei bei ihnen beschlagnahmt worden.

Die Polizeirazzia im Reichstag am Dienstag richtete sich gegen eine Versammlung kommunistischer Betriebsangestellter, zu der der Reichstagspräsident den Saal ordnungsmäßig zur Verfügung gestellt hatte. Nicht nur die Teilnehmer an der Besprechung wurden durchsucht, sondern auch die Räume der kommunistischen Fraktion. Unter dem beschlagnahmten „Material“ sind z. B. Briefe, die vor Jahren von Beamten an den damaligen Vorsitzenden des Beamtenausschusses, den Abgeordneten Torgler, gerichtet worden sind. Die kommunistische Fraktion hat schriftlich bei dem Reichstagspräsidenten protestiert, d. h. also bei Göring, der als preußischer Innenminister die Razzia gerade veranlaßt hat.

Paß entzogen.

Durch die fortdauernden Hetzartikel der rechten Presse und durch die Entschließung des „Stahlhelms“, der offen für

schaffliche Bericht nicht, obwohl der Polizeibericht sich die nationalsozialistische Darstellung zu eigen gemacht hat.

Zum Verhalten der Polizei noch die Mitteilung, daß Haus-suchungen in Eisleben ausschließlich bei linken Arbeitern vorgenommen worden sind, wobei uniformierte Nazis den Polizeibeamten die Arbeiterwohnungen zeigten.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen noch mitgeteilt, daß der tödliche Schuß bei dem SA-Mann Berk ein von unten nach oben verlaufender Brustschuß und daß die tödliche Kugel keine Polizeikugel gewesen ist.

Danach ist sicher, daß

Berk nicht als friedlicher Demonstrant aus dem KPD-Haus heraus erschossen worden ist.

Entweder hat ein zu Boden geworfener Kommunist ihn von unten erschossen — und dann liegt berechnete Notwehr vor; — oder Berk ist im Gedränge seiner wüst schießenden Kameraden umgebracht worden.

SA und Polizei.

1. Ein Dementi.

Auf eine Meldung der „Times“, Göring habe als kommissarischer preußischer Innenminister die Bewaffnung der SA angeordnet, wird von zuständiger preußischer Stelle erklärt, daß von einer Bewaffnung der Verbände selbstverständlich keine Rede sein könne.

An sich sei es gesetzlich zulässig, bei ganz besonderen Notständen zur Hilfe und Unterstützung der Polizei eine Notpolizei zu bilden, die sich aus zuverlässigen Leuten zusammensetze.

Das sei aber nicht aktuell.

2. Ein Regierungserlaß.

Die nationalsozialistische Regierung von Lippe hat der Presse eine vom Landespräsidenten unterzeichnete Erklärung zugehen lassen, in der es u. a. heißt: Die Landesregierung empfindet es als ihre selbstverständliche Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler gegen Beleidigungen jeder Art mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Die Landesregierung ruft neben der Polizei, neben den zuständigen Behörden auch alle deutsch empfindenden Landesbewohner auf, sie hierin zu unterstützen.

Außer zur Anzeige solcher strafbaren Handlungen ist nach der Strafprozeßordnung jedermann befugt, den Täter, der auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird, auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen,

wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann. Der Festgenommene ist unverzüglich dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben, der die Vorführung an den Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt ist, veranlaßt.

Es ist begreiflich, daß die Frage der Notpolizei nicht aktuell ist, solange den „zuverlässigen Leuten“ auch ohne eine solche Einrichtung die erforderlichen Befugnisse eingeräumt werden können.

Wird der Fall Hentsch-Bennecke aufgeklärt werden?

Die Aussicht dafür schwindet. Von den Justizbehörden hört man darüber nichts mehr seit einigen Wochen. Das sächsische Innenministerium hat nun dem Polizeiuntersuchungsausschuß des Landtags mitgeteilt, daß es den als Zeugen geladenen Beamten die Aussage-Genehmigung einstweilen nicht erteilt habe. Die Genehmigung sei so lange zurückgestellt worden, „bis das Verfahren vor den Justizbehörden zu einem gewissen Abschluß gekommen sei“.

„Hello von Gerlach“ die Todesstrafe gefordert hat, veranlaßt, ist nun eingetreten, was bei der heutigen Entwicklung nicht schwer vorauszusehen war: Der Berliner Polizeipräsident hat Hellmut von Gerlach seinen Reisepaß entzogen.

Zwar kann man nicht behaupten, daß der Polizeipräsident nicht auch ohne die Hetze der angeblichen Patrioten diesen Schritt getan hätte; daß diese Hetze bei den leitenden Beamten die Bestimmung mit erzeugt hat, ist natürlich unbestreitbar.

Gesinnungsterror.

Heinrich Mann und Käthe Kollwitz hatten den von uns veröffentlichten „Dringenden Appell“ mit unterschrieben, der fordert, daß die beiden Arbeiterparteien, SPD und KPD, eine gemeinsame Wahlliste aufstellen sollten. Die „Berliner Börsen-Zeitung“, hinlänglich bekannt als schwerkapitalistisches Schärfmacherblatt mit nationalisiertem Umschlagmantel, kriegte hierauf hysterische Anfälle und interessierte sich plötzlich für deutsche Dichtkunst.

Kurz danach, natürlich auch nicht in notwendigem Zusammenhang damit, sprach der preußische Kommissar für Kultus vor nationalsozialistischen Studenten über den nationalsozialistischen Kulturwillen. Ueber die Studentenkravalle sagte er: „Nicht Disziplinlosigkeit habe die studentische Jugend getrieben, sich der Disziplinarstrafgewalt der Hochschule oder den Gummiknüppeln der Polizei auszusetzen, sondern der draufgängerische Geist von Langemark. Der Staat werde nicht dulden, daß die nationale Jugend noch geschlagen werde, aber auch die Studenten sollten sich bewußt sein, daß sie größere Aufgaben hätten, als ihre Kräfte an unwillkommenen Gestalten zu messen.“ Er ging dann auf den von Heinrich Mann unterzeichneten „Dringenden Appell“ ein und erklärte, „er werde diesem Skandal ein Ende bereiten, doch bitte er um Geduld“.

Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Stadtbaurat Wagner sind am Mittwoch aus politischen Gründen aus der Preussischen Akademie der Künste ausgeschieden. Wir behalten uns vor, zu diesem Fall Näheres noch mitzuteilen.

Halle. Eine IAH-Küche wurde vor einigen Tagen von Nazis mit Beilen und Spaten demoliert. Die Vorräte wurden geraubt oder vernichtet.

Leisnig (Sachsen). Der Reichsbannermann Schumann, am 7. Februar von Nazis angeschossen, starb an den Folgen seines Knieschlusses. Ein anderer bei demselben Nazi-Ueberfall verletzter Reichsbannermann ist noch schwer krank (Bauchsteckschuß).

Nürnberg. „Am Donnerstag gegen 1,30 Uhr wurden mehrere Angehörige des Freikorps Franken (ehemals SA) von SA-Leuten überfallen. Drei Angehörige des Freikorps mußten in schwerverletztem Zustande in ein Krankenhaus geschafft werden. Zwei SA-Leute wurden verhaftet.“ (TU)

Siegburg. Bei einem Zusammenstoß mit SP-Leuten in der Nähe des sozialdemokratischen Volkshauses wurde der SS-Mann Müller in der Nacht zum Mittwoch erschossen.

Polizeiliche Ermittlungen trotz Verhaftung von 16 Sozialdemokraten und trotz Durchsuchung des Volkshauses bisher ergebnislos.

Zweiter Potempa-Prozeß?

Als Termin für den Prozeß gegen die beiden SA-Leute Dutzki und Golombek, die an dem Mord in Potempa beteiligt, während des ersten Prozesses aber flüchtig waren, ist jetzt der 20. März festgesetzt worden. Das ist glücklich, der dritte für diesen Prozeß angesetzte Termin. Auf Grund dieses mehrfachen Hinausschiebens und auf Grund der politischen Lage, zweifeln wir einwillen daran, daß gegen die Potempa-Mörder noch einmal verhandelt werden wird.

Arbeiterschaft und Polizei.

Die von der Antifaschistischen Aktion am Mittwoch abend in Essen veranstaltete Versammlung wurde aufgelöst, als ein Redner im Zusammenhang mit dem auch von uns berichteten Verhalten der Essener Polizei anlässlich der Demonstrationen der „Eisernen Front“ sagte, „daß die Polizei unter dem Minister Göring nicht gegen die Partei ihres Vorgesetzten vorgehe, sei selbstverständlich, bei ihr Schutz zu suchen, hieße, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen“.

Unter dem Gesang der „Internationale“ wird der Saal geräumt. Als einige Versammlungsteilnehmer (vielleicht Provokateure?) unruhig werden und drängen, nimmt die Polizei dies zum Anlaß, mit Gummiknüppel und Fäusten auf die Arbeiter dreinzuschlagen.

Schafft Einheit!

Ergebnis der Länderkonferenz.

Ueber die Besprechung der Länderregierungen, die am Mittwoch nachmittag zur Vorbereitung der Reichsratsitzung zusammenkamen, wird von bayerischer Seite der folgende Bericht gegeben:

„Bei den Verhandlungen ergab sich hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen nahezu volle Einmütigkeit. Klar und deutlich kam dabei zum Ausdruck, daß man von seiten des Reichsrats nicht erwarten dürfe, daß er sich ohne weiteres mit der Ernennung der Reichskommissare zu Vertretern des Landes Preußen im Reichsrat abfindet. Es bestand ferner darüber Einmütigkeit, daß man jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht auf die Spitze treiben wolle. Man war sich auch darüber einig, daß es in diesem Zeitpunkt mit Rücksicht auf den anhängigen Rechtsstreit vor dem Staatsgerichtshof keinen Zweck habe, Sitzungen im Reichsrat abzuhalten, sondern daß man bestrebt sein müsse, die Sitzungen tunlichst zu vertagen, um die Streitfrage durch den Staatsgerichtshof aus der Welt schaffen zu lassen, soweit es sich nicht um unaufschiebbare, besonders dringliche Angelegenheiten handelt. Dabei war man sich selbstverständlich darüber im klaren, daß auch bei solchen besonders dringlichen Angelegenheiten die spätere Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Rechtsgültigkeit jetzt schon gefaßter Beschlüsse in Frage stellen wird. In welcher Weise aber dem Wunsch nach Nichttagung des Reichsrats in der morgigen Sitzung Ausdruck gegeben werden soll, darüber gingen die Meinungen auseinander. Es darf jedoch angenommen werden, daß auch hierüber in der Vollsitzung ein Mehrheitsbeschluß zustande kommen wird.“

Braun hat in einem Telegramm an Bumke gegen den Versuch des Reichs protestiert, „die Entscheidung über das neue Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen hinauszuschieben“.

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat beschlossen, beim Staatsgerichtshof gegen die Auflösung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen Klage zu erheben und die Feststellung zu beantragen, daß diese Auflösung der Reichs- und Staatsverfassung widerspreche. Trotz dieser Klage aber sollen, nach dem Beschluß des Ausschusses, die Wahlen durchgeführt werden.

Der hessische Innenminister Leuschner wird am 1. April zurücktreten, um, auf eine Aufforderung der Gewerkschaften, im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts für den ADGB zu arbeiten.

Die kommissarische preussische Regierung hat am Mittwoch die von Göring vorgenommenen Entlassungen gebilligt.

Wechsel im Berliner Polizeipräsidium.

Der Berliner Polizeipräsident Melcher ist zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt worden. An seinen bisherigen Berliner Posten tritt der Nationalsozialist Levetzow, Konteradmiral a. D. aus Weimar.

Störung am Rundfunk.

Während der Stuttgarter Wahlrede Hitlers gelang es unerkannt gebliebenen Personen, das Kabel, das von der Stadthalle zum Telegraphenamt führte, mit einem Beil zu durchhauen. Dadurch wurde eine halbe Stunde vor Schluß der Rede die Rundfunkübertragung unterbrochen. Bis zum Schluß der Rede konnte der Grund der Störung nicht entdeckt und daher auch nicht abgestellt werden.

Wir stellen vor: Kanonenkönig Mitsui.

Der reisende Korrespondent George O'Claren schreibt aus Tokio einen Aufsatz über den Munitionsfabrikanten Hachirumon Mitsui, dem wir das Folgende entnehmen.

Die Macht dieses Mannes ist (selbst für amerikanische Begriffe) einfach unbegreiflich. Sie ist größer als die eines Mussolini, als die des Mikado, als die eines Morgan! Sie erstreckt sich nicht nur über die 381 500 Quadratkilometer der japanischen Inseln mit ihren 60 Millionen Einwohnern; sie reicht auch noch über Korea, Peking, Schanghai, Hongkong, Wladiwostok nach der Mandschurei, nach den Philippinen und den Hawaii-Inseln. Dieser kleine Mann finanzierte Unruhen auf den Sandwich Inseln, er finanziert den Strohmann Kaiser Pu Yi in Mukden, er finanziert das Heer von Abenteurern unter Anführung des Großfürsten Alexander, der gegenwärtig in Charbin wildert, er finanziert die japanischen Niederlassungen in dem gegenwärtig noch russischen Ost-Sibirien, er finanziert die japanischen Kräfte auf den Philippinen und wird auch den kommenden Krieg im Fernen Osten mit Geld unterstützen!

Wenn der „Ashunt“ gegen die Chinesen oder Sowjets hetzt: Mitsuis Befehl! Wenn Imamatiden unglücklichen Minister Inukai niederschleift: Mitsuis Werk! Wenn an dem herrlichen wunderschönen Strande von Waikiki Marine-Offiziere der USA niedergestochen werden: Mitsuis Hand! Wenn im Hafen von Schanghai englische und amerikanische Matrosen einander verprügeln: Mitsuis Faust!

Baron Hachirumon Mitsui ließ Imamatiden bestechen. Es ist nicht bekannt, ob dieser „ewige Revolutionär“ Gelder dafür angenommen hat oder ob die Offiziers-Kamarilla, mit der er viel verkehrte, ihn mit vaterlandsliebenden Einflüsterungen trunken gemacht hatte, — auf jeden Fall schloß Imamatiden, wie bekannt, mitteillos den Minister Inukai nieder. Nicht etwa, weil dieser etwas verbrochen hatte, sondern, weil er ein Anhänger des Friedens war und den Plänen von Mitsui entgegenwirkte. Denn Mitsui will Krieg! Er ist nicht allein Bankier und Kaufmann, sondern — auffallend ist diese Parallele mit Basil Zacharof, dem Granaten drehenden Griechen — auch Waffenfabrikant! Seit undenklichen Zeiten bereits versorgt das Haus MBK den ganzen Osten mit Sprengstoffen, Gewehren und Maschinengewehren.

Und stets, wenn die Geschäfte nicht flott genug gingen, sorgte Hachirumon dafür, daß eine neue Konjunktur im Waffenhandel entstand.

Und dabei entwickelte er eine Gerissenheit, die bei weitem alles übertrifft, was der englisch-griechische Sir Zacharof auf diesem Gebiete leistete.

Das alte Lied: Früh gelernt, gut getan! — Die Mitsuis betreiben derartige Geschäfte bereits eine ganze Zeit: reichlich 300 Jahre! Tobuke Mitsui eröffnete 1602 nicht allein ein Pfandhaus, sondern er fabrizierte gleichzeitig — Waffen.

Und als er achtzig Jahre später starb, war er der reichste Mann von Japan! Seine Nachkommen haben seine Geschäfte fortgesetzt: das Pfandleihhaus und den Waffenhandel. Sie sind immer reicher geworden: eine Dynastie von Milliardären! Sie haben Fabriken, Bergwerke, Zeitungen, Handelshäuser und Schiffahrts-Unternehmungen in ihrem Besitz und haben einen Einfluß, der schon seit langer Zeit denjenigen eines jeden europäischen oder amerikanischen Trust-Magnaten übertrifft.

Gegenwärtig beherrscht der kleine gelbe Baron Mitsui ungefähr 60 Prozent des japanischen Handels. Er ist der größte Waffenfabrikant des Ostens. Er besitzt eine eigene Flotte von 31 Dampfschiffen. Er ist der größte Seiden-erzeuger und der reichste Mann der Erde!

Der Baron weiß genau, was er will! Und wenn er nun (die europäischen Zeitungen brachten darüber kürzlich Meldungen) den kleinen, unbedeutenden Pu Yi zum Kaiser von Nord-China ausrufen lassen will, dann bedeutet das nichts anderes, als daß er fest entschlossen ist, Japan, das heißt, seine Position auf dem Festlande so weit auszudehnen und zu verstärken, bis er sich stark genug fühlt, um auf den Knopf zu drücken und auszusprechen:

„Ich wünsche Krieg gegen die Sowjet-Union!“

Und falls von heute ab neue Unruhen auf Hawaii entstehen, dann bedeutet das nur, das er sein altes Vorhaben, seinen alten Plan, diese Inselgruppe auf diese oder jene Weise den USA abzunehmen, noch immer nicht aufgegeben hat.

Was dieser Mann erreichen will, das ist ein riesiges Reich des Ostens, wozu Ost-Sibirien, die Mandschurei, die Nord-Ost-Küste von China, die Philippinen, Hawaii und vielleicht noch ein Teil von Hinter-Indien gehören. Es soll wirtschaftlich und staatsrechtlich durch Tokio kontrolliert werden. Es soll der Ueberbevölkerung von Japan Raum und Kolonisationsgebiet verschaffen. Und offiziell soll der Mikado hier das Zepter schwingen, aber in Wirklichkeit wird es die Dynastie der Mitsuis sein.

Dieser gewaltige Plan stammt nicht von Hachirumon, sondern von Hachirobei Mitsui, der im Jahre 1668 nach Tokio (damals Yedo) zog, um dort einen Seidenhandel zu beginnen. Bereits damals spielte die Familie Mitsui eine Rolle hinter den Kulissen. Und die Nachkommen haben mit eiserner Energie auf die Vollendung jenes gigantischen Planes hingestrebt. Nunmehr scheint die Dynastie der japanischen Milliardäre sich dicht ihrem Endziele genähert zu haben. Ein paar Monate, vielleicht noch ein paar Jahre, — dann kommt die große Kraftprobe! Dann wird der regierende Chef des Hauses MBK auf den bewußten Knopf drücken.

Und dann wird alles, was bis dahin im Osten geschah, zu einem Herbstmanöver kleinsten Umfanges zusammenschumpfen, wenn man es mit dem vergleicht, was dann folgt!

Bedrohliche Schrumpfung des deutschen Ausfuhrüberschusses.

Deutscher Außenhandel in Millionen Mark.

Monat	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Ein.	Ausl.	Diff.	Ein.	Ausl.	Ein.	Ausl.	Ein.	Ausl.
1913	898	841	- 57	234	89	523	180	116	562
1927	1186	900	- 286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	- 144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	241	189	819
1930	866	1003	+ 137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+ 240	164	30	289	151	102	615
1932	389	478	+ 89	124	17	201	86	61	374
1932 Jan.	440	542	+ 102	141	22	221	102	75	417
1932 Febr.	441	538	+ 97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+ 163	113	16	188	93	60	417
1932 Apr.	427	481	+ 54	143	15	220	88	62	372
1932 Mai	351	447	+ 96	116	12	176	78	57	356
1932 Juni	364	454	+ 90	128	11	176	80	58	362
1932 Juli	366	431	+ 65	129	12	179	79	56	339
1932 Aug.	332	428	+ 96	105	15	174	79	50	334
1932 Sept.	360	444	+ 84	107	22	194	81	55	340
1932 Okt.	398	48	+ 84	128	23	207	87	59	371
1932 Nov.	393	475	+ 82	116	22	215	82	59	371
1932 Dez.	424	491	+ 67	127	18	232	84	60	387
1933 Jan.	368	391	+ 23	101	16	214	75	51	299

*) Monats Durchschnitt.

**) Einschließlich Reparationslieferungen.

Der Ausfuhrüberschuß ist im Januar 1933 gegenüber dem Vormonat von 68 auf 23 Millionen Mark zurückgegangen. Für ein Deutschland, das seine Auslanderverpflichtungen erfüllen will, ist das ein überaus bedrohlicher Rückgang! Der Ausfuhrüberschuß war seit Jahren nicht so klein wie im Januar 1933. Der Rückgang ist zweifellos eine Folge der Export mordenden deutschen Wirtschaftspolitik, einer Politik, die allem Anschein nach nunmehr verstärkt fortgesetzt wird.

Im Januar sind Ein- und Ausfuhr erwartungsgemäß stärker gefallen. Die Einfuhr hat sich gegenüber Dezember um 55 auf 368 Millionen Mark verringert. Von dem Rückgang entfallen 26 Millionen Mark auf die Lebensmittelfuhr, 18 Millionen Mark auf die Rohstoffzufuhr und 10 Millionen Mark auf die Fertigwareneinfuhr. Der Durchschnittswert für die Gesamteinfuhr hat sich um annähernd 3 Prozent gesenkt, sodaß der Wertabnahme der Einfuhr um 13 Prozent eine mengenmäßige Abnahme um 10 Prozent entspricht.

Die Ausfuhr beträgt im Januar 391 Millionen Mark und hat gegenüber Dezember eine Abnahme um 100 Millionen Mark erfahren, an der die Fertigwarenausfuhr mit 88 Millionen Mark, die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren mit 10 Millionen Mark beteiligt sind. Wert- und Mengenrückgang der Gesamtausfuhr machen übereinstimmend 20 Prozent aus, da die Durchschnittswerte bei eher steigender

als fallender Tendenz keine wesentlichen Veränderungen zeigen. Der Rückgang der Ausfuhr hat mehr oder weniger den Warenabsatz nach fast allen Gebieten getroffen. Zwei Drittel des Gesamtrückganges entfallen auf die nachgenannten acht europäischen Absatzländer, die auch der Höhe der Ausfuhr nach zu den bedeutendsten Absatzgebieten innerhalb Europas gehören: Sowjet-Union, Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Schweden (auf diese entfallen bereits 50 Prozent des Rückganges), Niederlande, Italien und die Tschechoslowakei. Von den überseeischen Ländern haben insbesondere die USA einen starken Anteil an dem Minderabsatz nach Uebersee.

Besonders bedrohlich ist die Abnahme der Fertigwarenausfuhr von 387 auf 299 Millionen Mark, also um rund 23 Prozent.

Fast alle Warengruppen sind von der Abnahme betroffen: Der Absatz von nicht elektrischen Maschinen ist um 12 Millionen Mark zurückgegangen, von Eisenwaren und Textilwaren um je 11 Millionen Mark, von elektrotechnischen Erzeugnissen um 5 1/2 Millionen Mark.

Wird diese Entwicklung sich fortsetzen? Genauer: wird sie durch Wirtschaftspolitik fortgesetzt werden?

Rpt.

SCHWEIZ

Kunstseide nehmen Schweizer nicht einmal geschenkt! Ein Einwohner von Genf erhielt kürzlich aus Paris ein paar Meter Kunstseide im Wert von ungefähr 90 französischen Francs. Der Zoll betrug 17,40 Schweizer Franken, das sind etwa 100 Prozent des Wertes. Der Zoll wird nach Gewicht berechnet und ist kürzlich von 3 Franken auf 20 Franken für das Kilogramm erhöht worden. — Die Kunstseide wurde natürlich an den Absender zurückgeschickt.

Und Honig-Geschenke? Aus Australien brachte kürzlich jemand Honig nach Genf mit. Er mußte als Zoll 160 Prozent des australischen Großhandelspreises für Honig bezahlen. Er verkaufte den Honig mit einem kleinen Gewinn an seine Freunde zu 2,70 Franken das Kilo. Die kamen dabei immer noch gut weg; denn der Kleinhandelspreis für Schweizer Honig liegt in Genf zwischen 4,60 und 5 Franken für das Kilogramm.

MANDSCHUREI

Japan befestigt seine Macht: Das japanische (!) Finanz- und Wirtschaftsministerium arbeitet an einem Entwurf über die Gründung einer mandschurisch-japanischen Bank mit einem Kapital von 30 Millionen Yen. Die Hauptzentrale der Bank wird nach Mukden gelegt werden. — Die Japaner sind gelehrige Schüler der europäischen kapitalistischen Mächte!

Dämmert es?

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrem wirtschaftlichen Jahresrückblick in Nr. 20/21 vom 8. Januar 1933:

„Es ist auch ein Mythos, wenn angenommen wird, die kapitalistische Wirtschaft, in der wir leben, könne nur in Gang gehalten werden, wenn immer von neuem investiert und der Produktionsapparat ausgebaut würde. Tatsache ist freilich, daß, wenn eine Volkswirtschaft über eine große Produktionsmittelindustrie verfügt, die plötzliche Minderbeschäftigung dieses wichtigen Ausschnittes der Wirtschaft Rückschläge hervorruft... Aber wenn eine solche Störung einmal überwunden ist, so ist es ganz egal, ob Produktionsmittel oder Konsumgüter produziert werden. (Wenigstens bis zur Krise! Red. des „Lunken“.) Das Heer der Arbeitslosen kann in jeder der beiden Industrien aufgesaugt werden...“

Wichtig ist, daß Arbeitslosigkeit auch dann nicht unser Schicksal zu sein braucht, wenn wir es nicht mehr mit einer ständig sich erweiternden... Wirtschaft zu tun hätten, sondern zu einer stetigeren Entwicklung kommen, in der die Produktivkräfte im wesentlichen zur Erneuerung des bestehenden (zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Konsumgüterproduktion erforderlichen) Realkapitals und im übrigen eben zur Deckung der Nachfrage nach Konsumgütern verwendet würden. Dann arbeiten die Arbeiter eben stärker als bisher zur Befriedigung des Konsumgüterbedarfs.“

Sehr richtig!

Arbeitslosigkeit als günstige Gelegenheit!

Lloyd George hat an seinem Geburtstag Ende Januar vor 7000 Liberalen über die Frage der Arbeitslosigkeit gesprochen und dabei ausgeführt:

Es gibt viel zu tun, um diese Dinge in unserem Lande in Ordnung zu bringen. Wir dürfen die Arbeitslosigkeit nicht als ein Uebel, sondern müssen sie als eine günstige Gelegenheit behandeln. Denken Sie an das Land! In England sind im Verhältnis zur Fläche weniger Menschen auf dem Land als irgend wo sonst in Westeuropa. Bei uns gibt es mehr nicht-bearbeitetes oder zu wenig bearbeitetes Land, das kulturfähig ist, als in irgend einem anderen Lande Europas.

Man hat mir erzählt, man müsse zuerst die Preise stabilisieren. Ich glaube, diejenigen, die die gegenwärtige Regierung unterstützen, behaupten, daß diese Forderung bereits erfüllt ist. Wenn das der Fall ist, warum machen sie sich nicht an das Problem der Landbesiedlung?

Vergleichen Sie, was in unserem Lande geschehen ist, mit den Anstrengungen, die in anderen Ländern gemacht worden sind, um Bevölkerung anzusiedeln — seien das nun Schutzzollländer oder Freihandelsländer —. Dann werden Sie finden, daß man bei uns leicht eine weitere halbe Million Familien aufs Land bringen kann. Das würde Beschäftigung für viele anderen bedeuten. Das würde bedeuten: gute, gesunde und produktive Arbeit für mindestens eine Million Familien; das würde bedeuten: den besten Markt der Welt vor unseren eigenen Toren. Nichts würde unserer gefährlich überindustrialisierten Land mehr Kraft und Widerstandsfähigkeit geben.

Krisenfestigkeit landwirtschaftlicher Kleinbetriebe.

Obwohl seit Jahren Millionenbeträge in der verschiedensten Form der deutschen Landwirtschaft in den Rachen geworfen wurden, mußte im Jahre 1931 bei 17 701 (1930: 14 894 und 1928: 10 207) land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken mit einer Fläche von 370 202 Hektar (1930: 227 411 und 1928: 124 164) die Zwangsversteigerung eingeleitet werden. Die Ausfälle, die die Besitzer der Hypotheken im Jahre 1931 dabei erlitten, gehen nach einer Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung aus folgender Uebersicht hervor.

Betriebsgröße	Von der Hypotheken Belastung fielen aus:
2 bis 5 Hektar	18 %
5 bis 20 Hektar	26 %
20 bis 50 Hektar	24 %
50 bis 100 Hektar	28 %
100 bis 200 Hektar	33 %
200 und mehr Hektar	26 %

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe immerhin noch wesentlich sicherere Schuldner als die Großbetriebe sind.

H. Lm.

DEUTSCHLAND

Preiserhöhung wegen schlechter Beschäftigung beachtlich! Die deutschen Eisengießereien klagen über schlechte Beschäftigung; sie liegen in einzelnen Gebieten heute unter 20 Prozent der Normalbeschäftigung; die Kosten der Produktion seien daher sehr hoch. Einmütiger Beschluß des Vereins deutscher Eisengießereien: Eine Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Preise sei unmöglich; eine Preiserhöhung (!) zur Verhütung eines weitergehenden Schrumpfungprozesses sei nicht zu umgehen! — Auf Deutsch: Weil die Konsumenten zu den bisherigen Preisen nichts kaufen können, sollen sie künftig mehr bezahlen.

Stillliegende Kraftfahrzeuge: Eine Zählung vom 9. Januar hat ergeben, daß an diesem Tage 188 000 steuerpflichtige Krafträder, 157 000 Personenkraftwagen und 30 000 Lastkraftwagen vorübergehend abgemeldet waren. Gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1932 hat sich damit die Zahl der vorübergehenden Abmeldungen bei den Krafträdern vervierfacht, bei den Personenkraftwagen mehr als verdoppelt. Am 3. Januar 1933 waren von den überhaupt vorhandenen steuerpflichtigen Krafträdern mehr als 2%, von den Personenkraftwagen mehr als 1/4, von den Lastkraftwagen etwa 3/4 stillgelegt.

Ein Märchen: Die Elektrizitätsgesellschaft in Hamelwarden (nördlich von Bremen) hat beschlossen, ausgerechnet ihrer günstigen finanziellen Verhältnisse ihren Abnehmern den Strom für zwei Monate unentgeltlich zu liefern.